

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Gesamt Comobonds
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Comobond 20, Altes Terrassen Nr. 10
Sprechstunde: Nordsee 5246

Postkonten:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Die wirtschaftliche und soziale Einstellung des deutschen Unternehmertums.

Etwas überrascht hat die organisierte Arbeiterschaft die Abgebungen der Industriellen auf der Dresdner Tagung angenommen. Ist doch die wirtschaftliche und soziale Einstellung des deutschen Unternehmertums schon häufig und nicht bitter kritisiert worden. Nicht nur von den Gewerkschaften, die bei wirtschaftlichen Kämpfen oder Verhandlungen um die soziale Besserstellung der Arbeiter dessen Wirtschaftlichkeit, wirtschaftliche und sozialpolitische Einseitigkeit mehr als ihnen lieb sein kann, kennen zu lernen Gelegenheit haben. Auch von vorurteilslos denkenden Wirtschaftlern und Soziologen haben sich die deutschen Unternehmer wegen der von ihnen in wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten Rückständigkeit manch hartes, aber nur zu rechtfertigtes abfälliges Urteil gefallen lassen müssen. Und an Schlichtungs- oder Tarifverhandlungen teilnehmend, die Folge dieser Rückständigkeit scheiterten, konnte oft genug aus dem Munde von einsichtsvolleren führenden Unternehmern eine Bestätigung dieses Urteils hören.

Das sind Ausnahmen! Unternehmer dieser Art bleiben in ihren übrigen Kollegen so selten wie weiße Raben. Die übliche Stellung können sie sich nur unter den größten Schwierigkeiten behaupten. Meist werden sie wegen ihrer Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit abgestimmten, im auch aussichtslos, so doch von einem gewissen Idealismus getragenen Bestrebungen halb abgesetzt, falls sie nicht resigniert zurücktreten. Die Mehrzahl der deutschen Unternehmer steht einem solchen Idealismus durchaus fern, kennt nur ihr eigenes, persönliches Interesse, das von den rücksichtslos verfolgten und dessen Befriedigung allen wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen vorangestellt ist. Von einem Gemeinwohl, davon, daß leben auch leben bedeutet, ist ihnen nichts bekannt. Volkswirtschaftliches ist ihnen völlig fremd und überlegen lachen sie darüber, die sich damit befassen.

An dieser Auffassung ändern auch die Doctrufe Dr. Lehmanns auf der Dresdner Tagung nichts. Denn allzu oft tritt die obige Einstellung gegenüber den Arbeitern hervor, und es macht einen für die weitere Entwicklung wenig ermutigenden Eindruck, wenn man beobachtet, daß die in den letzten Jahrzehnt eingetretenen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen bisher einen so geringen erzieherischen Einfluß auf die Psyche des Unternehmertums ausüben vermochten. Das aus der Ära eines Stumm bewußten, patriarchalischen Regimentes des Industriepaars, der ihm verbundene Unternehmerabsolutismus, hat zwar, wenn auch sehr eng begrenzten Mitbestimmungsrecht der Arbeiter weichen müssen. Der von den Unternehmern her rücksichtslos vertretene Standpunkt des „Herrn im Hause“ mußte sehr zu ihrem Leidwesen eingeschränkt werden. In einer Anerkennung der Gleichberechtigung des Arbeiters dem Unternehmer im Betrieb ist trotzdem noch wenig bemerkbar. Ja, die Bemühungen der Unternehmer, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter zu beseitigen, sie in die alte Untertänigkeit zurückzuführen, treten in der letzten Zeit stärker denn je hervor.

Diese rückständige Einstellung des deutschen Unternehmertums beschränkt sich nicht nur auf das rechtliche Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern. Das gleiche gilt nach der volkswirtschaftlichen und sozialen Seite zu bemerken. Der Unternehmer schätzt den Arbeiter in den meisten Fällen als Mensch. Jener ist ihm nur Werkzeug, dessen Willen haben darf und das er nach Belieben gehen oder beiseite werfen kann, wenn es abgenutzt ist. Seine Einschätzung ist sogar noch geringer. Das leblose Werkzeug bedarf einer gewissen schonenden Behandlung, es ist nicht zu früh verschleifen soll, was mehr oder weniger hohe Wiederherstellungskosten verursacht. Der Ersatz des Arbeiters dagegen kostet nichts, weshalb der Unternehmer ihm nur die Rücksicht zu nehmen braucht, die ihm gesetzlich vorgeschrieben oder der Widerstand der Gewerkschaften gegen die übermäßige Ausbeutung der Arbeitskraft sowie deren vorzeitigen Verbrauch auferlegt. Er sieht darin nur einem Zwange, doch nur insoweit, als er ihm nicht entgegen kann. Daran zu denken, daß der Arbeiter ein wichtiges Glied der volkswirtschaftlichen Gesamtheit ist und diese durch die vorzeitige Vernichtung oder Abnutzung seiner Arbeitskraft als auch seiner Kaufkraft vermindert wird, fällt dem Unternehmer nicht ein. Dieser

Standpunkt ist zwar falsch; denn auch zwischen dem einzelnen Unternehmer und der Wirtschaft herrscht eine Verbundenheit, und jeder Nachteil fällt sowohl auf ihn selbst wie auch auf die Gesamtheit der Unternehmer zurück.

Für jeden volkswirtschaftlich etwas tiefer Blickenden zeigt sich diese Einstellung des Unternehmertums bei der gegenwärtigen Krise. Ihr Ursprung wie ihr Verlauf ist in weitestgehendem Umfange durch den von volkswirtschaftlicher Überlegung und Verantwortlichkeit freien Eigennutz der Unternehmer bestimmt. Wäre das deutsche Unternehmertum einer besseren Einsicht fähig, so müßte es anerkennen, daß die von ihm während des Krieges wie auch nachher betätigte Sucht, um jeden Preis viel zu verdienen, die deutsche Wirtschaft in schwerstem Maße geschädigt hat. Das gleiche ist gegenwärtig noch durch die von ihm betriebene Kartell-, Preis-, Lohn- und Rationierungspolitik der Fall. Man verweigert sich nur die Argumente, mit denen die Unternehmer ihr Verhalten in diesen Fragen zu rechtfertigen suchen. Hiernach dienten die Kartelle lediglich dazu, dem Dumping des Auslandes zu begegnen. Die Preise für Industrieerzeugnisse konnten wegen der hohen Löhne, geringen produktiven Leistungsfähigkeit und starken Belastung der Industrie nicht herabgesetzt werden. Und eine Steigerung der Löhne sei unterblieben, weil die Arbeiter Überstunden verweigerten und am Nichtarbeitstag feierten.

Alle diese schon vorher wenig berechtigten Argumente sind inzwischen völlig hinfällig geworden. Gegen den Dumping des baluchischen Auslandes hat sich das Unternehmertum durch hohe Schutzzölle sowie internationale Kartelle gesichert. Die Steuerlasten, Frachtkosten und Rohstoffpreise haben eine beträchtliche Ermäßigung erfahren, desgleichen hat die Rationalisierung der Produktion sehr erhebliche Fortschritte gemacht. Um sie zu fördern, hat es das Reich an Unterstützung der Industrie nicht fehlen lassen. Hunderte von Millionen sind den Unternehmern in Form von Krediten und Bürgschaftübernahme auf Kosten der Steuerzahler zugeflossen. Dennoch liegt die Kaufkraft der Massen daneben. Die Geschäftslage nimmt keinen Aufschwung. Alles wartet auf eine Ankurbelung der Wirtschaft durch Ermäßigung der Preise und Erhöhung der Löhne, wozu sich jedoch das Unternehmertum aus freien Stücken nicht herbeiläßt.

Im Gegenteil bemüht es die ihm für die Zwecke der Rationalisierung zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel dazu, seine schon infolge der ungünstigen Wirtschaftslage gewachsene Macht zum Schaden der Arbeiter wie der verbrauchenden Bevölkerung noch weiter zu stärken und diese rücksichtslos auszunutzen. Nicht vorwärts, sondern rückwärts soll die Entwicklung gedrängt werden! Und das Unternehmertum versteht es, insbesondere gegenüber den Arbeitern, hierbei ganz systematisch vorzugehen. Der offene Kampf gegen die Gewerkschaften führt freilich zu keinem Ziel. Das haben die Unternehmer allmählich begriffen. Auch von der Werbung der unorganisierten Arbeiter für ihre eigenen Wertvereine versprechen sie sich keine allzu großen Erfolge mehr, wenn gleich sie ihre dahingehenden Versuche nicht einstellen. Die unorganisierten Arbeitermassen sind ihnen immer zum Vorteil, wenn es auch nur gelingt, sie von dem Anschluß an die Gewerkschaften fernzuhalten. Um so mehr Gewicht wird nunmehr von ihnen auf die Gewinnung des jungen Arbeiterwachstums gelegt. Das Ziel ist, die heranwachsende Generation den Werteströmen unterzuordnen und sie durch eine entsprechende Erziehung gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen zu immunisieren.

Hierbei erwacht der Gewerkschaftsbewegung eine sehr ernste Gefahr, selbst wenn diese Bestrebungen nicht den von den Unternehmern erwarteten Erfolg bringen. Auf jeden Fall tragen sie dazu bei, die gewerkschaftliche Arbeit zu erschweren, den Individualismus unter den Arbeitern zu verbreitern. Dem kann von den Gewerkschaften nur durch eine entsprechende intensive Agitationsarbeit unter den unorganisierten und jugendlichen Arbeitern entgegengewirkt werden. Nur die fortgesetzte, alle entgegengestellten Hindernisse überwindende Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung kann dem Unternehmertum die Überzeugung befördern, daß die Arbeiter ihrer Notwendigkeit entwachsen und sich ihrer Gleichberechtigung bewußt ist. Erst wenn ihnen auch bei ihren neueren Bestrebungen nichts anderes als die Enttäuschung bleibt, werden sie aufhören, die Arbeiterklasse als Unmündige zu betrachten, die man durch einige lobende Worte von ihren Zielen abbringen kann, so wie sie sich dazu bequemeren müssen, deren volkswirtschaftliche und soziale Forderungen in weiterem Umfange als bisher anzuerkennen.

Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene und Unfallverhütung.

Die Jahreshauptversammlung der Gesellschaft für Gewerbehygiene, die diesmal in Wiesbaden stattfand, war nicht nur stärker besucht als die beiden vorhergegangenen, sie war auch wegen der Aktualität der vorgelegenen Verhandlungsthemen von größerem allgemeinem Interesse. Zu dem stärkeren Besuch hat sicher die Mäßigkeit mit beigetragen, die diese noch recht junge Gesellschaft an den Tag legt, und das dadurch gesteigerte Interesse, das man neuerdings den Fragen der Gewerbehygiene entgegenbringt. Auch die Gewerkschaften waren erfreulicherweise diesmal stärker vertreten; von etwa 300 Teilnehmern gehörten etwa 70 unsern Verbänden an. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch kurze Bemerkungen des Vorsitzenden, Geheimrat Dr. von Weinberg, über die Aufgaben und die bisherige Tätigkeit, sowie über die in Aussicht genommenen weiteren Arbeiten der Gesellschaft für Gewerbehygiene. Sie umfaßten als Hauptpunkt das Thema „Arbeit und Ermüdung“ und ferner 2 Vorträge über „Gewerbliche Ohrenschädigungen und ihre Verhütung“.

In einem überaus inhaltsreichen Vortrag sprach Professor Dr. Apler, Berlin, über „Physiologie der Ermüdung“. Zur Erhaltung unserer Volkskraft müsse der Arbeitsprozeß so gestaltet werden, daß trotz eines Minimums von Energieaufwand Maximalleistungen entstehen. Deshalb sei die Rationalisierung zu begrüßen; sie müsse aber noch systematisch weiter entwickelt werden. Dabei dürfe man jedoch nicht in den Fehler verfallen, eine zu weitgehende Intensivierung der Arbeit nach amerikanischen Vorbildern auf die ganz anders gearteten europäischen Verhältnisse zu übertragen. Bis vor kurzem glaubte man, mit objektiven Methoden zur Messung der Ermüdung feststellen zu können, inwieweit die Intensivierung der Arbeit gehen dürfe, ohne daß Schädigungen zu befürchten seien; doch gibt es, wie an einem instruktiven Beispiel gezeigt wurde, nur wenige Methoden, die Aufschluß über die Zustände der Ermüdung geben. Ermüdungen können bei der Arbeit die verschiedensten Organe, und es ist nicht anzunehmen, daß eine Ermüdung an sich schon schädlich wirken muß. Nur wenn sie sich auf ein enges anatomisches Gebiet erstreckt, kann sie gefährlich werden. Durch geeignete Maßnahmen und rechtzeitige Ruhe kann die Ermüdung aber restlos beseitigt werden. Bleiben durch mangelhafte Ruhe Ermüdungsreste zurück, so kann dies zu chronischer Schädigung und zum völligen Zusammenbruch führen. Wenn es gelingt, die nervösen Zusammenhänge der Ermüdung zu erforschen und die Vorgänge bei der Ermüdung der Muskeln restlos zu erkennen, wird man die Ermüdung unter Ausrichtung des Allgemeinbefindens der Arbeiter in einem Maße verhindern können, daß eine Höchstleistung erzielt wird. Natürlich spielen dabei die Art der Arbeit, die Arbeitszeit, klimatische Verhältnisse usw. eine wesentliche Rolle. Auch die richtige Körperstellung ist von Bedeutung, damit nicht unnötigerweise Körperteile zur Mitarbeit herangezogen werden und damit zur Steigerung der Ermüdung beitragen.

Der Vortrag von Professor Dr. Apler wurde hierauf von Dr. Lehmann, Berlin, durch methodische Bemerkungen noch sehr instruktiv ergänzt. Wenn wir eine Messung der Ermüdung noch nicht in genügender Weise vornehmen können, so sei es wichtig, die Methoden zu finden, die es gestatten, auch ohne völlige theoretische Klärungen des Ermüdungsbegriffes, die ermüdende Wirkung industrieller Arbeit zu verhindern. Gabe es auch keine allgemein anwendbare Methode zur Messung der Ermüdung, so ließen einzelne Verfahren in Einzelfällen doch ein Urteil über die Zunahme der Ermüdung zu. Hierdurch ließe sich bei kritischer Würdigung immerhin manches wertvolle Resultat erzielen. (Dieser Vortrag zeigte indes — was übrigens auch in der später folgenden Diskussion noch ganz besonders zum Ausdruck kam —, daß trotz intensiver Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsphysiologie die vorhandenen Ergebnisse vorläufig nur mit äußerster Vorsicht praktisch zu verwenden sind. Bei der außerordentlichen Vielseitigkeit der Erscheinungen im Einzelfalle können Trugschlüsse und Mißgriffe leicht vorkommen.)

Das dann folgende Referat des Landesgewerbeärztes Dr. Bette, Wiesbaden, über das Thema „Arbeit und Ermüdung, Ermüdungsausgleich, Erholung“ berührte, vom medizinischen Standpunkt aus, in überaus interessanter Weise alle im engeren oder weiteren Zusammenhang mit dem Hauptthema stehenden Fragen. Eine produktive Gewerbehygiene müsse eine Ermüdung und Erschöpfung bei der Arbeit möglichst zu verhindern suchen. Je mehr die Arbeitstelle den Anforderungen der Kultur entspreche, um so lieber verrichte in dieser freundlichen Umgebung der Arbeiter seine Tätigkeit. Der achttündige Arbeitstag als Optimalarbeitstag sei bei entsprechender Leistungskonzentration ebenso ausreißend, wie Überarbeitung und zu lange Arbeitszeit schädlich wirken. Auch die Beziehungen der Arbeitszeit zu den Pausen, der Nichtarbeit und der Ausfüllung der Freizeit wurden behandelt. Rein physiologisch könne in der Er-

nahrung und der Durchstillung die Vorbedingung einer kraftspendenden Nahrung erfüllt werden. Neben einer gesundheitsgemäßen Ernährung müsse den Arbeitern auch eine mechanische Entspannung nach den Grundrhythmen des Sportes durch Spannung und Entspannung, sowie Massage und Bäder, nahegelegt werden. Eine richtige Ermüdung kann auch durch Horizontalmassage in der Arbeitspause erreicht werden; ebenso sei auch der Schlaf von der werktätigen Bewältigung höher zu bewerten. Dazu gehöre wieder eine größere Pflege der Wohnungsverhältnisse und eine Verkürzung des Arbeitsweges von der Wohnung zur Arbeitsstätte; denn auch hierdurch würde schon eine Ermüdung herbeigeführt. Auch die Vergeltigung der Arbeit führe zur Arbeitsfreude; eine richtige Menschenwürde und Menschenbehandlung werden auch Wege zur Kraft und Leistungsfähigkeit finden, ohne Erschöpfung und ohne Raubbau an Volkskraft und Volkswohlfahrt.

Hierzu erwies Prof. Dr. Sachsenberg, Dresden, das Wert, um über Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung auf dem Gebiete der Ermüdung und ihre Anwendbarkeit auf die Praxis zu sprechen. Er schilderte die Schwierigkeiten, die der Feststellung von Ermüdungsdifferenzen für den Betrieb entgegenstehen. Die meisten Untersuchungen über die Ermüdung müßten versagen, weil sie für weniger gebildete Menschen nicht anwendbar sind und weil ein anderer Teil der Untersuchungen im Betriebe selbst nicht vorgenommen werden könne. In einer Reihe von Beispielen und Lichtbildern legte er die Vorteile und die Nachteile der einzelnen Untersuchungsmethoden dar. Das Verhältnis von Mensch und Maschine hat in ihm die Ueberzeugung ausgelöst, daß der Einzelne immer in Beziehung mit der Gesamtheit der in einem Betriebe arbeitenden Menschen zu bringen sei. Einzeluntersuchungen sollten nur dazu dienen, den Durchschnitt aus dem Gesamtergebnis zu ziehen. Eine Leistungssteigerung sei auch durch rhythmisches Arbeiten möglich.

Die Vorträge wurden durch eine eingehende und überaus interessante Diskussion, auf die wir leider an dieser Stelle wegen Raummangels vorläufig nicht eingehen können, sehr wertvoll ergänzt.

Der zweite Verhandlungstag war zunächst den „Gewerblichen Chronischschädigungen und ihrer Verhütung“ gewidmet. Darüber sprach sehr anschaulich und überaus lehrreich Sanitätsrat Dr. Peyfer, Berlin. Die Ohrenheilkunde sei bisher das Stiefkind der Gewerbehygiene gewesen, und es müßten den seit langem schon gehörten Reden nun auch auf diesem Gebiete endlich Taten folgen. Die bisher bekannten Tatsachen bezögen sich hauptsächlich auf Schädigung des Mittelohres durch Einflüsse von Bitterung, Temperatur, Feuchtigkeit, Staub, Säuredämpfen und auf die Nennnis, daß gewisse Gifte sowie anhaltendes oder lautes Geräusch bestimmte Teile des Innenohres in stets gleichbleibender, charakteristischer Weise schädigen. Es stehe fest, daß der Arbeiter diesen Schädigungen meist gleichgültig gegenüberstehe oder sie als unheilbar betrachte. Auf diesem Gebiete müsse Wandel geschaffen werden; denn bei rechtzeitigem Eingreifen könne Schwerhörigkeit und Taubheit vermieden werden. — Hierauf referierte Gewerbearzt Dr. Maue, Münster, über die technischen Maßnahmen zur Verhütung und Verminderung der Entstehung und Uebertragung von Erschütterungen und starken Geräuschen. Für die Bekämpfung der Geräusche und Erschütterungen sei es von großer Wichtigkeit, zu unterscheiden, ob sie durch Luftschall oder durch Bodenschall weitergeleitet werden, da danach sich die Auswahl der Bekämpfungsmittel richten müsse.

Nach einer ausführlichen Diskussion über diese Vorträge folgte eine größere Anzahl sogenannter kleiner Referate über Neuererscheinungen auf dem Gebiete der Gewerbehygiene, von denen wir folgende hervorheben wollen: Professor Dr. Lehmann, Würzburg, sprach über Banadindervergiftung, die bei der Herstellung bestimmter Eisen- und Stahlarten in Erscheinung treten. Dr. Waader, Charlottenburg, gab einen interessanten Bericht über seinen Besuch der Quecksilberminen in Andalusien (Spanien). Professor Dr. Lehmann und Landesgewerbearzt Dr. Teletz ergänzten diese Ausführungen. Genosse Haupt, vom Verband der Fabrikarbeiter, machte auf die Schädlichkeit des Kern-Tauchverfahrens in der Gummireifenfabrikation aufmerksam. Er wünschte, daß die krankheitsregenden Stoffe in der Gummilösung entfernt und hierauf ungeschädliche Gummilösungen verwendet werden sollen. Am zweckmäßigsten wäre die Mechanisierung des Tauchverfahrens, so daß die Arbeiter mit der Lösung nicht mehr direkt in Berührung kämen. — Landesgewerbearzt Dr. Gerbis, Erfurt, sprach über Sandsteingefährdungen der Feilen Schleifer bei Anwendung der Räder und bei Anwendung der Fräse zum Schärfen der Schleifsteine, ferner über chemische Empfindungsmittel in der Holzindustrie, Anwendungsform und gesundheitliche Einwirkungen. In einem Film wurden von Dr. Waader noch die Arbeits- und Gesundheitsgefahren in Glashütten gezeigt.

Berufsunfälle im Malergewerbe.

Neben den typischen Berufskrankheiten und gewerblichen Vergiftungen durch gesundheitschädliche Farben, Staub, fäulnislösende und Verdünnungsmittel, zu denen für unsere Vorkamerkollegen in der Industrie noch Gefährdungen durch die Entwicklung von giftigen Dämpfen bei den neuzeitlichen Tauch- und Spritzverfahren kommen, spielen sich im Maler-, Anstreicher-, Lüncher- und Weißbinderberufe noch eine Reihe anderer Gefahren, die diesen Berufsgruppen zu einem der allergefährlichsten machen. Unser Vorkamerkollege hat es mit sich, daß fast alle Aufträge außerhalb der Werkstätte ausgeführt werden müssen. Als Arbeitsschritte kommen Neubauten, Wohn- und Geschäftsräume aller Art, Schulen, Fabriken in vollem Betrieb, Schulen, Eisenbahnstationen und vieles andere mehr in Betracht. Durch die Wohnungsnot veranlaßt, müssen Renovierungsarbeiten an Decken und Wänden meist in beschrankten, mit Meßeln und Hausrett vollgepackten Räumen ausgeführt werden. Das führt nicht selten zu Berufsunfällen, wenn auch kleinerer Art. Bei dem Bau von Hochbauten für Kirchen, die sehr oft in schwindelnder Höhe ausgeführt sind, wird in vielen Fällen mit geradezu riskanter Unachtsamkeit zu Werke gegangen.

Wer es wagt, es zu erklären, daß die Unfälle durch Unachtsamkeit und Unvorsichtigkeit zu vermeiden sind, wird in der Tagespresse

von beruflichen Unglücksfällen lesen kann. Obwohl uns nur ein Bruchteil gemeldet wird, haben wir im vergangen Jahre 40, davon 5 tödliche, und im Verlaufe dieses Jahres allein schon 28 schwere Unfälle registrieren können, von denen sogar acht tödlich verlaufen sind. Es soll nicht verkannt werden, daß in vielen Filialen von den Vertrauensleuten bei Berufsunfällen alles getan wird, um zur Aufklärung der Ursachen beizutragen und den Verunglückten oder ihren Hinterbliebenen zu ihrem Rechte zu verhelfen, wie auch in Verbindung mit den Bauarbeiter-Schutzkommissionen meist nichts unterläßt bleibt, um durch Ausbau und Verbesserung der örtlichen oder bezirklichen Unfallverhütungsvorschriften weitere Unglücksfälle zu verhindern oder doch möglichst einzudämmen. Sehr oft veranlaßt ja auch ein Unfall in einem Betrieb den oder die Arbeitgeber zu größerer Rücksichtnahme auf Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer. Leider hält die Vorsicht nicht lange vor und der alte Schlenker mit unangemessenem Gerüstmaterial, alten Leitern, mürben Stricken und nicht zuletzt die Profitgier und das beliebte Antreiber-System nehmen wieder ihren gewohnten Fortgang. Wie an einem weiter unten angeführten prägnanten Beispiel dargestellt wird, können durchgreifende Verbesserungen in unserm immer noch durch kleinräumliche Zerissenheit sich auszeichnenden Deutschland nur durch reichsgefehlte Regelung erzielt werden. Der unhaltbare Zustand muß beseitigt werden, daß jeder Staat gesonderte, in ihren vorbestimmenden Maßnahmen vollständig abweichende Bestimmungen zum Schutze gewerblicher Arbeiter herausgibt; wie auch die Möglichkeit der Ausreden und der Berufung auf die ungenügenden und schlechteren Vorschriften der benachbarten Gebiete beseitigt werden muß.

Es soll nicht verkannt werden, daß von den Unfällen im Maler-, Lüncher- und Weißbinderberufe nicht nur Gehilfen betroffen werden. In einem Berufe, in dem bald die Hälfte der selbständigen Gewerbetreibenden ohne, zum Teil nur mit einem, nur vorübergehend mit zwei oder mehr Gehilfen, und nicht selten auch mit nur einer Anzahl von Lehrlingen arbeitet, werden naturgemäß auch öfters Unternehmer, und vornehmlich Kleinmeister, von Berufsunfällen betroffen. Wir finden in Nr. 17 der „Malerwarte“, Organ des Niedersächsischen Malerbundes (Hannover), vom 1. September vier Berufsunfälle aus der letzten Zeit verzeichnet, von denen allein drei tödlich verlaufen sind. Der Malermeister Julius Köttler in Mülheim an der Ruhr fiel beim Anstrich eines Hauses von der Leiter und brach das Genick; der Tod trat auf der Stelle ein. Der Malermeister Noos in Neubredem stürzte bei Arbeiten an seiner Werkstelle von einer mehrere Meter hohen Leiter und zog sich einen so schweren Schädelbruch zu, daß er nach Einlieferung ins Krankenhaus starb. Bei Malerarbeiten am fürstlichen Schloß in Regensburg stürzte der Maler Sad von einer Staffelei (Trittleiter) aus einer Höhe von 7 Metern in die Tiefe; nach Einlieferung ins Krankenhaus erlag er seinen Verletzungen. Außerdem ist noch ein Unfall im Schloß Montjou in Berlin aufgeführt, bei dem die beiden Kollegen Oskar Lindner und Louis Gumlich von einem provisorischen Gerüst stürzten und schwere innere Verletzungen erlitten. Weitere Unfälle ließen sich in großer Zahl anführen, wenn man von allen Bekanntmachungen in der Fach- und Tagespresse Notiz nehmen wollte. Wir nehmen meist nur zu den Unglücksfällen Stellung, bei denen uns ein Bericht über die Ursachen von unsern Filialen zugestellt wird und lassen keine Gelegenheit vorübergehen, den verantwortlichen Stellen die dringende Notwendigkeit eines vermehrten Arbeiterschutzes vor Augen zu führen, wie auch unseren Kollegen erhöhte Aufmerksamkeit anzurufen.

Wie dringend erforderlich die Verbesserung der Bauarbeiter-Schutzvorschriften und besonders auch ihre strikte Durchführung und Einhaltung ist, zeigt ein Fall aus letzter Zeit, der erfreulicherweise diesmal noch ohne Unfall verlaufen ist. Aus der „Pfälzischen Post“ in Ludwigshafen geben wir folgende Schilderung im Auszug wieder: An der Rheinbrücke, zwischen Mannheim und Ludwigshafen, sind vor kurzem wieder Anstricharbeiten durch die Firma Schifferdecker, Maler- und Lünchergewerbe in Ludwigshafen, ausgeführt worden. Diese Renovierungsarbeiten werden auf 4 Jahre verteilt, alljährlich zu einem Viertel fertiggestellt, und es ist bezeichnend, daß die dabei verwendeten Gerüste sich seit langen Jahren in demselben schlechten Zustand befinden. Schon 1913 hatte die Bauarbeiter-Schutzkommission die aller Sicherheit für die Arbeiter hochsprachenden Gerüste mehrfach beanstandet. Sie hat sogar, als alles ohne Erfolg war, photographische Aufnahmen der Menschenfallen auf der Bauwerksaufstellung in Leipzig zur Schau gestellt, um den Schutzbestimmungen dadurch Geltung zu verschaffen. Leider hat dies alles wenig genutzt; die in Frage kommenden Baubehörden hatten damals und haben noch heute wenig Verständnis für diese Sache. Die Gerüste über den Geh- und Fahrwegen befanden sich auch in diesem Jahre wieder in einer Verfassung, die jeder Beschreibung spottet. Nach einer von der Bauarbeiter-Schutzkommission an das Gewerbeaufsichtsamt in Speyer und an den technischen Leiter der Bayerischen Baugewerksberufsgenossenschaft gerichteten Weisung wurde an dem Gerüst über den Gehsteig eine Leiter und an dieser eine „Jogeannte“ Brustwehr angebracht. An letztere durfte sich aber niemand anlehnen, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, mit samt der Brustwehr in den Rhein zu fallen. Es war weder eine vollständige Abdeckung vorhanden, noch waren Sockelbretter angebracht. Die Gerüste über den Fahrdamm waren in etwas besserem Zustande, aber auch hier waren noch wesentliche Mängel zu bezeichnen. Vermutlich wird im nächsten Jahre ein weiterer Teil der Brücke gestrichen werden. Schon heute müssen wir darauf dringen, daß endlich einwandfreie Gerüste beschafft werden; aber auch heute schon müssen wir der Befürchtung Ausdruck geben, daß das pfälzische Gewerbeaufsichtsamt seine Zuständigkeit ablehnen könnte, weil dann die Arbeitsstelle sich auf der badijchen Seite befindet. Bis unsere Beschwerden dann auch dort alle Instanzen durchlaufen haben, dürften die Arbeiten fertiggestellt werden und eine Anzahl Berufscollegen befindet sich weiter wochenlang in

außerordentlicher Lebensgefahr. Müssen auch hier mehrere Menschenleben vernichtet werden, ehe man zur Beschaffung und Verwendung gesicherter Gerüstschwingel? Besten Endes fällt ein Teil der Verantwortung auf die Eigentümer der Brücke und es dürfte diesen fallen, eine Haftung bei wirklich eintretenden Unfällen zum mindesten moralisch abzulehnen.

Die Reichsarbeitsverwaltung gibt als Sonderausgabe des „Reichsarbeitsblattes“ eine Zeitschrift „Arbeit und Schutz“ heraus, die der Unfallverhütung und der Gewerbehygiene dient. Jedem Heft liegt ein wirkungsvolles farbiges Bild bei, das mit dem Motto „Hab acht!“ besonders zu den Arbeitern spricht und diesen immer die Mahnung ins Gedächtnis ruft, alle nur irgendmaßige Vorsicht walten zu lassen. In den Betrieben, auf Baustellen und in Unterkunftsräumen finden wir Hinweise vielfach ausgestellt. So begrüßenswerter Mahnruf an sich ist, so darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß die meisten Unfälle auf mangelhaften Gerüsten, Verwendung von schadhafte und schlechten Gerüstmaterial zurückzuführen sind. Alle Maßnahmen können ihren Zweck nur erfüllen, wenn in Hand damit strenge Vorschriften für die Innere der Schutzbestimmungen durch die Arbeitgeber — Androhung empfindlicher Gefängnisstrafen und weitestgehende Haftung mit ganzem Vermögen — erlassen werden. Es kann, daß bei allen Unfällen in erster Linie wird, den bedauernswerten Opfern alle Schuld zuguschrieben.

Unser Verband steht mit den übrigen baugewerblichen Organisationen den Schutz der Arbeiter vor gewerblichen Schäden und vor beruflichen Unfällen als eine seiner wichtigsten Aufgaben an. Wenn auch alle Verbände auf den ihnen zugewiesenen Gebieten unausgesetzt mit Erfolg tätig sind, so kann die notwendige reichsweite Regelung doch nur durch Zusammenwirken Zentralverbände an den zuständigen Reichsstellen erreicht werden. Soll unser Verbandsvorstand seinen ganzen Einfluß ausüben in der Lage sein, so ist es notwendig ihm über jeden Unfall, der irgendwelche Folgen sich zieht, eingehend, unter ausführlicher Darlegung Ursachen, Begleitumstände und Verletzungen, berichtet. Nur wenn alle Unterlagen — wo es möglich ist auch photographische Aufnahmen der Gerüste und Unfallstellen gegeben sind, kann mit Erfolg auf gründliche Abklärung aller Mängel durch reichsgefehlte Schutzvorschriften mit entsprechendem Strafandrohung hingewirkt werden.

Geradezu ungeheuerlich ist die Zahl der schweren Unfälle gestiegen. Es besteht kein Zweifel, daß ein nicht geringer Teil der Schuld auf die Verwendung längst neuerungsbedürftigen Gerüstmaterials, Leitern und gleichen mehr zurückzuführen ist, deren Anschaffung den erhöhten Baustoffpreisen einige Mehrkosten verursacht. Das darf aber kein Grund sein, mit der rigorosesten Achtung gegen alle Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter-Schutz fortzufahren. Die Arbeiter befinden heute mehr denn je zuvor in einer Notlage. Sie leben in Gefahr, die Arbeit und damit zugleich den Verdienst zu verlieren, wenn sie den Anforderungen des Unternehmers wegen Unzuverlässigkeit der Gerüste nicht leisten wollen. Wer nicht soviel Verantwortlichkeit bringen kann oder nicht in der Lage ist, das Wohl der Mitarbeiter egoistischer Rücksichtslosigkeit und durchgängiger Profitgier voranzustellen, dem muß durch strengere Vorschriften die Möglichkeit unterbunden werden, den wohlthätigen Teil unseres Volkvermögens, die menschliche Arbeitskraft, gewissenlos aufs Spiel zu setzen. An unseren Kollegen aber ergeht erneut der Ruf: Wartet auf Leben, auf eure Gesundheit und auf eure Arbeitskraft!

Aus unserm Beruf

Konferenz des 2. Bezirkes.

Am 19. September fand im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M. eine Bezirkskonferenz statt. Der Bezirkskollege A. H. begrüßte die Delegierten, insbesondere den Verbandsvorsitzenden, Kollegen Streine, und früheren Bezirksleiter, Kollegen Zimmermann. An den Anwesenheit des im letzten Jahre verstorbenen Bezirkskollegen Oskar Müller, wurde durch einen warmen Ruf und durch Erheben von den Sihen geehrt. — Die Tagesordnung lautete: 1. Stand der Organisation im 2. Bezirk (Referent: Kollege A. H.). 2. Der Stand der Gesamtarbeit (Referent: Kollege Streine). 3. Verschiedenes.

Mit dem Vorsitz wurde Kollege Holl, Wiesbaden, betraut. In seinem Bericht über den Stand der Organisation im 2. Bezirk führte Kollege A. H. aus, daß seit der letzten Bezirkskonferenz im Jahre 1922 gewaltige Ereignisse an vorübergezogen sind. Die Inflation hat ihre höchste Spitze erreicht im darauffolgenden Jahr erreicht, in ihrem Verlauf das Organisationsleben außerordentlich ungünstig beeinflusst. Der Druck durch die Ruhrbeziehung war in unserm Bezirk sich zum großen Teil auf das besetzte Gebiet erstreckt, unerträglich. Die Stabilisierung der Währung hat wieder einigen Halt gegeben, und wenn auch die Wirtschaft wieder als eine der vielen Folgen des Krieges noch schwerer der Arbeiter-Schutz lastet, so darf man doch hoffen, daß fortschreitende Verständigung der Völker, die in Locarno gebahnt und in Genf mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund fortgesetzt wurde, allmählich auch zur wirklichen Gesundung führen wird. Im 2. Bezirk erreichten einen Höhepunkt in der Mitgliederzahl im Jahre 1922 durchschnittlich 8406 Mitgliedern. Laubeit und Organisationsbedrohlichkeit wurden Ende 1923 und in der Folge durch gewerkschaftsfeindliche kommunistische Propaganda gefördert. So waren 1924 im Durchschnitt noch 7075 Mitglieder vorhanden. Inzwischen ist es rüstig vordrängend gegangen, so daß wir 1925 wieder 7908 und am Schlusse des 2. Vierteljahres 1926 sogar 8212 Mitglieder zählen konnten, die sich auf 16 Filialen mit 273 Zahlstellen verteilen. Zahl der organisierten Lehrlinge beträgt 706. Der Anstieg hierauf die Verhältnisse in den einzelnen Filialen. Im Jahre 1925 wurden 2666 Kollegen neu aufgenommen. Ueber die Beitragsleistung in den einzelnen Filialen richtete eine den Delegierten vorliegende Tabelle; es wurden im Durchschnitt 11,1 Beiträge pro Quartal und Mit-

geholt; der Totalbeitrag schwankt zwischen 20 und 50 3 pro Woche. Die Wirtschaftslage ist im Bezirk außerordentlich ungünstig, 18 % der Kollegen sind arbeitslos; besonders hart werden unsere Lederer-Kollegen in der Industrie betroffen, was eine Auswirkung in der Zahl der organisierten Kollegen findet und deren Rückgang nicht zuletzt auf technische Fortschritte in den Betrieben zurückzuführen ist.

Hierauf berichtete Kollege Streine über den Stand der Gesamtorganisation. Nach einleitenden Bemerkungen über den seit der Vorkriegszeit ganz bedeutend erweiterten Aufgabenzirkel der Gewerkschaften und deren steigenden Einfluss auf das Staatsleben, ging er näher auf das Wesen der gegenwärtigen allgemeinen Wirtschaftskrise ein und zeigte, wie unser Verband trotz außergewöhnlicher Schwierigkeiten der verschiedensten Art die früher erlangene Position behauptet und unter Berücksichtigung aller mit in Betracht zu ziehenden Verhältnisse sogar noch wesentlich verbessert hat. Er schärfte weiter den außerordentlich ungünstigen Stand des Lederer-Gewerbes infolge der nun schon seit vielen Jahren daniederliegenden Produktivität und der damit das Hauptgebiet unserer beruflichen Tätigkeit bildenden Privatarbeiten, ferner den unheilvollen Einfluss des besonders anwachsenden Kleinmehlstums und der neuerdings des vernünftige Maß übersteigenden Zehrlingshaltung, wozu es seit dem vorigen Jahr auch noch die schlechte Lage der Industrie gekommen, in der früher viele Tausende unserer Kollegen als Maler oder Lederer beschäftigt gewesen sind. Unter diesen Umständen ist diesen ganzen Sommer hindurch ein großer Teil unserer Kollegen arbeitslos gewesen, was unter anderem auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß seit vorigem Herbst rund 900 000 M für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben werden mußten. Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug im 2. Quartal mehr als 48 000. Lederer sind gegenwärtig annähernd 7000 und Zehrlinge mehr als 8000 organisiert. Besonders die Zahl der organisierten Zehrlinge ist im Steigen begriffen. Seit dem Verlust unseres Verbandsvermögens durch die Inflation konnte trotz der Ungunst der Verhältnisse schon wieder ein nicht nennenswerter Mejerzbesond angeammelt werden.

In der Diskussion stellte Kollege Hütsch, Darmstadt, die Durchführung der Lohnbewegungen in Vergleich mit unsern heutigen zentralen Lohnregelungen. Kollege Gustav Müller rechtfertigte den Beschluß der letzten Beirats-Sitzung zu den Reformen des Unterstufensystems, während Kollege Kreuz des näheren auf die Zehrlingsfrage und auf die Schwierigkeiten des örtlichen Tarifabschlusses in Kassel eingieng. Kollege Diebicher, Frankfurt, glaubte eine höhere Reichsgültigkeit bei der Kollegenchaft feststellen zu müssen, seit alle Lohnregelungen auf zentraler Grundlage erfolgen, während Kollege Maurer, Koblenz, diesen den Vorzug glaubt geben zu müssen. Kollege Schmale, Wiesbaden, sieht in der Schmutzkonkurrenz eine Gefahr für die Organisation; Kollege Gahn, Frankfurt, empfahl den Ausbau des Vertrauensmännersystems als wirksamste Agitationsinstanz. Die Kollegen Detjen und Barth, Saarbrücken, regten an, das internationale Sekretariat solle bei dem französischen Bauarbeiterverband die Organisation der schifflichen Kollegen befirmen, die vielfach nach dem Saargebiet hinüberwechseln. In seinem Schlusswort wies Kollege Streine auf die Notwendigkeit der strengsten Innehaltung der Richtlinien und der statutarischen Bestimmungen hin. Kollege Rauh brachte den Bauarbeiterklub in Erinnerung und wies, dann noch darauf hin, daß die monatlichen Meetings in Zukunft strikte durchzuführen seien. Die Kosten der Konferenz sind von den Filialen zu tragen. Die Tagung der von 89 Kollegen aus 14 Filialen und von der Bezirksleitung besucht, nahm einen guten Verlauf und wird sich auch gesteigerte Agitativität auswirken.

Augsburg. (Eine Musterfirma.) Das Maler-Geschaft Wehringer & Bergmiller beschäftigt dauernd bis 25 Gehilfen, von denen aber, dank der Wachsamkeit der beiden Geschäftsinhaber, immer nur einige organisiert sind. Es ist daher kein Wunder, wenn die Firma mit den Gehilfen Schindluder treiben kann. Der Tarifvertrag existiert, soweit er die Gehilfen verpflichtet, während deren tarifliche Rechte einfach mit Füßen getreten werden. Gestattet sich wirklich einmal ein Kollege einen leisen Einwand, dann folgt sofortige Entlassung. Die Firma verlegt sich neuerdings vorwiegend auf auswärtige Arbeiten. Sie hat die Macht mehr ganz neue Entdeckung gemacht, daß dabei glänzend Geld verdient werden kann, wenn die Arbeitszeit lange genug ausgedehnt und die Gehilfen um ihre tariflichen Zugewinne geprellt werden. Dementsprechend wurde den Gehilfen erklärt, daß am Ort keine Arbeit mehr aufzutreiben sei; wer aber auf die auswärtige Arbeitsstelle wolle, müsse auf die Klagen verzichten. So ziemlich die ganze Belegschaft fiel auf diesen Schwindel herein. Es wurde wochenlang täglich von mehr Stunden ohne Prozente gearbeitet, und da es den Geschäftsinhabern nötiger gebrauchen können, als die Mindergehilfen, verzichteten diese unterschrieben auf die Mehrwandsentschädigung. Es handelt sich um einen Betrag von mehreren Tausend Mark. Als unsere Organisation von der Sache erfuhr, wurde die örtliche Meisterorganisation gebildet, den tariflichen Zustand herzustellen. Bekanntlich hat eine Kräfte der andern kein Auge aus; so mußte die Ortskommission in Anspruch genommen werden. Dort ergab die Verurteilung gegen die Stimmen der Meisterorganisation. Unter diesen befinden sich der Kreisverband der Arbeiter in Augsburg, wie auch der Obermeister der Augsburger Malerinnung. Die Prominenz der beiden Herren hinderte diese also nicht, den Tarifbruch zu decken. Sie verteidigten ihre Innungs-Kollegen und gaben zu erkennen, in derartigen Fällen eventuell ähnlich handeln zu wollen. — Die Firma zahlte trotz der Verurteilung nicht. Es gelang nun, von einem Teil der noch dort beschäftigten Gesellen Prozessvollmacht zu erlangen, nachdem diese in den Klagen eingetreten waren. Das Gewerbegericht Augsburg, dem die Klage ausgetragen wurde, entschied, daß vom Zeitpunkt der Geltendmachung der Forderung durch die Belegschaft des Malerverbandes die Mehrwandsentschädigung in der im Tarifvertrag vorgesehenen Höhe zu zahlen sei. Herr Wehringer erklärte, unter keinen Umständen zahlen wollen; da die Klagesumme berufsgefährlich ist, wird sich wahrscheinlich auch noch das Landgericht in Augsburg mit der Sache zu beschäftigen haben.

Aus diesem Vorgang ist wieder einmal zu ersehen, was die Tarifstreue eines Teiles der Arbeitgeber zu halten

ist. Den Herren W. & B. wurde es allerdings durch die Gehilfen recht leicht gemacht, sich ihrer tariflichen Verpflichtungen zu entziehen. Der Organisation, die nunmehr für sie eintritt, gönnten sie den Beitrag nicht, den nimmermüden Geschäftsinhabern gegenüber verzichteten sie, jeder für sich, auf mehrere hundert Mark. Das hat sie nicht davor geschützt, noch am Verhandlungstage entlassen zu werden. Auch die andern noch dort beschäftigten Kollegen werden dem gleichen Schicksal verfallen, wenn ihre Zeit gekommen ist; denn das Unternehmernwohlwollen ist nie von langer Dauer. Für die Augsburger Kollegenchaft ergibt sich aber die Lehre: Stärkung der Organisation und scharfe Beobachtung dieser Werkstelle. Nur wenn die Kollegen mehr aus sich herausgehen und jede Gelegenheit zur Gewinnung von Mitgliedern wahrnehmen, wird derartigen und ähnlichen „Musterbetrieben“ Achtung vor den Rechten der Arbeiterchaft beigebracht werden. Dann wird die Zeit gekommen sein, wo auch unsere alte Handelsstadt zu den tarifstreuen Orten zu zählen ist.

Dortmund. (Schwerer Berufsunfall.) Am 21. September ereignete sich in der Eisenbahnwerkstätte Bochum-Weitmar ein schwerer Unglücksfall. Im Oberbaulager waren fünf Kollegen der Firma A. B. Hoff, Dortmund, mit dem Anstrich von Eisenkonstruktion beschäftigt. Hierbei wurden eiserne Halen verwendet, auf denen die Gerüstbretter ruhten. Plötzlich brach einer der Halen und alle fünf Kollegen stürzten in die Tiefe. Drei von ihnen erlitten so schwere Verletzungen, daß sie dem Krankenhaus Bergmannsheil in Bochum zugeführt werden mußten. Ob die Ursache des Unfalles auf eine brüchige Stelle des einen Halens zurückzuführen ist, muß die Untersuchung ergeben. Unsern Kollegen muß aber erneut ins Gedächtnis gerufen werden, alles Gerüstmaterial vor dem Gebrauch einer genauen Prüfung zu unterziehen und fehlerhaftes unbedingt zurückzuweisen. Die Unfälle werden sich erst vermindern, wenn sich jeder Kollege der Gefahren voll bewußt ist und infolgedessen die Vorschriften der Bauberufsgenossenschaften genau innegehalten werden.

Aus der Oberelber Jugendabteilung. Neben der Agitation unter unsern Berufsangehörigen stellt die Organisation der Zehrlinge und der Jugendlichen besondere Anforderungen an unsere Mitglieder. Der Jungkollege darf meist nicht nach eigenem Ermessen handeln und ist von der Einstellung der Eltern zu den Gewerkschaften abhängig. Leider zeigen unsere älteren Kollegen nicht immer das nötige Verständnis, obwohl ohne ihre intensive Mitarbeit nur selten etwas zu erreichen ist; muß doch alle Mühe vergebens bleiben, wenn uns nicht die Adressen und Fingerzeige für die Agitation gegeben werden. Nach Ueberwindung der Schwierigkeiten ist es uns gelungen, den Grundstock für den Aufbau unserer Jugendabteilung zu legen, und schon die erste Zusammenkunft hat gezeigt, daß die Jungkollegen dem Verbands ein reges Interesse und großes Vertrauen entgegenbringen. Eine Frage von ausschlaggebender Bedeutung ist die Bestellung von Jugendleitern, die mit der Jugend fühlen und sich ihrer Tätigkeit ganz widmen. In Darmen hat ein Kollege beachtenswerte Erfolge erzielt, und es ist zu hoffen, daß sich auch in allen andern Bezirken Kollegen finden werden, wenn sie die dankbare Aufgabe eines Jugendleiters erkannt haben. Nachdem die Zehrlinge selbst zur Mitarbeit herangezogen werden konnten, hat es an Adressenmaterial nicht mehr gefehlt; der Jugendleiter konnte mit den Eltern der jugendlichen Berufsbeflissenen Rücksprache nehmen, und wir können heute verzeichnen, daß schon mehr als 70 Jungkollegen in unserer Jugendabteilung zusammengefaßt sind. Das hat andere Kollegen angeporrt, den Jugendleiter zu unterstützen, so daß dieser entlastet werden konnte. Eine wichtige Frage ist: Wie fesseln wir unsere Jungkollegen an die Abteilung? Die Behandlung allgemeiner und gewerkschaftlicher Themen darf keinen allzu großen Raum bei den Zusammenkünften einnehmen, dafür fehlt die Aufmerksamkeit, und daher sind diese Abende am schlechtesten besucht. Fachgewerbliche Vorträge, Besuche und Gesangsabende sind eher geeignet, die Jugend zu fesseln. Wo Musikinstrumente vorhanden sind, soll eine Musikabteilung für Unterhaltung bei den regelmäßig vorzunehmenden, gemeinsamen Ausflügen und Spaziergängen sorgen. Auch empfiehlt sich die Anschaffung von Jugend- und Arbeiterlieberbüchern. Ferner ist die Anregung des Hauptvorstandes empfehlenswert, das Zusammengehörigkeitsgefühl durch Beschaffung eines Abteilungsstempels zu stärken; sehr doch unmittelbar nach der Anschaffung der Ehregeißel um das Amt eines Jahrsjunkers ein, und es ist selbstverständlich, daß nur das tätigste Mitglied dafür in Frage kommen kann. Zu Beginn unseres umfangreichen Winterprogramms wird ein Jugend- und Elternabend veranstaltet, um den Eltern Gelegenheit zu geben, sich von der Betätigung in der Jugendabteilung zu überzeugen. Anschließend werden dann laufende Veranstaltungen mit Vorträgen, Besichtigungen, Gesang- und Musikabende durchgeführt und ein Kurkurs für Dekorationsmalerei eingerichtet. So wird alles geschehen, um unsere Jungkollegen zu berufsfreudigen, willensstarken und selbstbewußten Verbandskollegen zu erziehen.

Gewerkschaftliches

Keine Einigung in der deutschen Beamtenbewegung. Die Verhandlungen zwischen dem freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtensbund (ADB) und dem sich als neutral bezeichnenden Deutschen Beamtensbund (DBB) über die Schaffung einer einheitlichen Spitzenorganisation sind an der Organisationsfrage gescheitert. Der Forderung des ADB auf Anerkennung des Prinzips einer reinen Beamtensorganisation konnte nicht stattgegeben werden, da dadurch die in den gemäßigten freigewerkschaftlichen Verbänden zwischen den Arbeitern und Angestellten, zum Beispiel bei den bestehenden Einheitsorganisationen der Reichsbahn und der Post, hergestellte Einheit wieder in Frage gestellt worden wäre. Die Befürchtung des DBB, daß seine Neutralität durch eine engere Verbindung mit den auf sozialistischem Boden stehenden Gewerkschaften in Gefahr käme, darf man nicht allzu ernst nehmen. Ausschlaggebend dürfte aber für die Vertreter des DBB gewesen sein, daß bereits eine weitgehende Uebereinstimmung mit den Verbänden christlicher Richtung erzielt ist, die jedenfalls in absehbarer Zeit zu einem Zusammenstoß führen wird.

Verbindlichkeitsklärung für die Seefischwerften. In den Tarif- und Lohnunterschieden in der Gruppe Seefischwerften des Verbandes Norddeutscher Eisenindustrieller hatte der Hamburger Schlichter am 16. September einen Schiedsspruch gefällt, der die tariflichen Rahmenbestimmungen und die Vereinbarung über die Arbeitszeit um ein weiteres Jahr und die bisherige Lohnhöhe bis zum 1. April nächsten Jahres verlängert (siehe „Maler“ Nummer 88). Dieser Schiedsspruch ist von den Unternehmern und auch von den Arbeitern abgelehnt worden. Nachträgliche Verhandlungen unter Teilnahme eines Vertreters des Reichsarbeitsministers führten zu keinem Ergebnis, da sowohl die Arbeiter an der Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden und der Forderung höherer Löhne, wie auch die Unternehmer an einem Lohnabbau festhielten. Zur Verhinderung des unermesslich erscheinenden Streiks ist der Schiedsspruch am 30. September mit Wirkung vom 1. Oktober an für verbindlich erklärt und die Verbindlichkeitsklärung den Parteien durch Fernspruch zugeleitet worden.

Vierter ordentlicher internationaler Gewerkschaftskongress vom 1. bis 6. August 1927 in Paris. Als vorläufige Tagesordnung sind neben den Berichten und dem rein geschäftsmäßigen folgende Punkte festgesetzt: 1. Der organisatorische Aufbau des IGB. 2. Angestellte, Beamte und freie Berufe in der Gewerkschaftsbewegung. 3. Internationale Hilfe bei Lohnkämpfen. 4. Satzungsänderungen. 5. Erledigung der eingebrachten Anträge. 6. Internationaler Kampf um den Achtstundentag. 7. Die wirtschaftliche Weltlage. 8. Währungsfrage und Kampf gegen Krieg und Militarismus. 9. Wahlen, und zwar: a) der Länder, aus deren Vertretern sich der Verwaltungsrat zusammensetzen soll; b) der Mitglieder des Verwaltungsrates; c) der Mitglieder des Vorstandes; d) der Sekretäre und e) Wahl des Landes, in dem der nächste Kongress stattfinden soll.

Ein „Kongress der Werktätigen“ ist die neueste Parole all derer, die in „überquellender Latenz“ das Tempo der Entwicklung mit Vollkampfbewusstsein vorwärtsstreben wollen, nachdem die Ziele der „Einigkeit der Arbeiterbewegung“, „Einreichung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess“ und dergleichen mehr, hinter denen sich andere Absichten verbergen, nicht erreicht worden sind. Dabei ist es selbstverständlich, daß die Beschimpfung und das Herunterreißen der freien Gewerkschaften ununterbrochen fortgesetzt wird. Man darf annehmen, daß diese Kundgebung so befallen wird, wie es der kommunistische Reichstagsabgeordnete Ivan Kach in dem „Mittelungsblatt der Opposition der SPD“ darstellt. Hat er doch jahrelang mit der ebenfalls in Acht und Bann geratenen Ruth Fischer an der Spitze seiner Parteizentrale gestanden, so daß er über die Regie derartiger „spontanen Massenbewegungen“ genau unterrichtet ist. Er bezeichnet denselben Kongress als ein „infames Abenteurer-Manöver vom Massenkampf, das in den Betrieben und Versammlungen wieder Mummel und Geschäftigkeit gibt und den Unternehmern nicht weh tut“. Er fährt dann fort: „Der „Kongress der Werktätigen“, dieser neue freche Schwindel, beginnt: Begrüßungstelegramme, Ansprachen, Stalin schickt Bottschaft, die stehend angehört wird, Thälmann verliest das ihm von Dietrich und Emert aufgeschriebene politische Referat, ein Duzend Stundenlang vorher peinlich gestellte und instruierte „Diskussionsredner“ erzählen von der Begeisterung der Massen für die neueste Latenz der SPD, eine Aseitige Resolution mit „Annaherung“ und neuesten Parolen wird einstimmig angenommen, brausender Beifall, „Internationale“, Parade vor Thälmann, „Augen rechts“, Musik, Fahnen, „Auszahlung der Speisen“, Heimfahrt auf vollgepferchten Lastautos.“ Die Unternehmer werden sich über die Vorgänge ins Häufchen lachen, die Arbeiterchaft aber, wenigstens die organisierten und von Massenbewußtsein erfüllten Arbeitnehmer mögen ihr Haupt verhalten.

Die Gewerkschaftsarbeit geht von dem Grundgedanken aus, daß es nicht hinreicht, überall und jederzeit nur über die Endziele zu philosophieren. Die Gewerkschaften stehen mit beiden Beinen auf dem Boden der Gegenwart und führen einen unermüdbaren Kampf um die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse. In unserer Kampfpolitik gibt es sowohl das ununterbrochene Kleingepflänzel des Guerillakrieges als auch die offenen Feldschlachten. Werden die Kämpfe durch Zeiten des Waffenstillstandes und des Ausweichens unterbrochen, so dienen diese der Sammlung frischer Kräfte und der Schulung neuer Kämpfer. Unsere Gewerkschaftsarbeit hat vor der politischen Betätigung voraus, daß unsere Anhänger mitten im Tageskampf und in steter Luchführung mit unsern schärfsten Gegnern stehen. Gerade die stete Kampfbereitschaft hat in uns die Ueberzeugung gestärkt, daß soziale und wirtschaftliche Revolutionen tiefgreifender sind und nach anderer und strengerer Gesetzmäßigkeit vor sich gehen als politische Umwälzungen. Die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus erfordert Umschichtungen in bisher ungekannten Ausmaßen. Haben wir erst die restlose kollektive Vertragsregelung und weitestgehendes Mitbestimmungsrecht durchgesetzt, dann wird der Kampf um Mitbestimmung und Mitverantwortung nicht ausbleiben. Das bedingt die Erziehung der breiten Massen zu wahren Menschen und kann auch von diesen nur schrittweise und durch unausgesetzten Kampf erreicht werden. Niemals sind dauernde wirtschaftliche Erfolge durch wunderartige Explosionskatastrophen zu erzielen, wie sie durch Kongresse willkürlich zusammengepackter Massen mit verschiedener, sehr oft fragwürdiger politischer Ueberzeugung in Verbindung mit „Unorganisierten“, „Parteilosen“ und „Sympathisierenden“ angestrebt werden sollen. Deshalb halten sich überzeugte Gewerkschaftskollegen von derartigen Veranstaltungen fern.

Genossenschaftliches

An die Versicherten der Volksfürsorge! Die bei der Volksfürsorge vor Jahresfrist eingeführte Gratifikation für die Versicherung (Verdoppelung der Versicherungssumme beim Tode durch Unfall) hat sich glänzend bewährt. Im laufenden Jahre hat die Volksfürsorge bei Unfalltod insgesamt 105 000 M an die Hinterbliebenen ausbezahlt. Voraussetzung für die Gratifikation ist die Zahlung einer Monatsprämie von mindestens 2 M. Viele Versicherte haben ihre Prämie noch nicht auf diesen Satz erhöht. Die Er-

höhung einer Versicherung wird am besten zu Beginn des Versicherungsjahres vorgenommen. Das ist bei den meisten Versicherungen der 1. November, deshalb wird es jetzt Zeit, an die Erhöhung der Versicherungen zu denken. Wer es irgend ermöglichen kann, künftig die auf mindestens 2 A erhöhte Prämie zu zahlen, der sollte die Gelegenheit nicht verpassen, sich die Vorteile der Unfallversicherung zu verschaffen. Die Funktionen der Volksfürsorge nehmen Erhöhungsanträge schon jetzt entgegen, ebenso die Rechnungsstelle der Volksfürsorge.

Sozialpolitisches

Arbeitsbeschaffung und Ueberstunden. Das im Zusammenhang mit den Ländern von der Reichsregierung angeordnete Arbeitsbeschaffungsprogramm würde seinen Zweck, die Erwerbslosigkeit zu vermindern, verfehlen, wenn die im Zusammenhang mit dem Programm sich ergebende vermehrte Arbeitsgelegenheit durch eine über das übliche Maß hinausgehende Mehrarbeit der vorhandenen Belegschaften aufgezehrt werden würde. Ich bitte daher, dahin zu wirken, daß eine ungeheure Zunahme der Ueberstunden vermieden wird. In Vertretung: Dr. Weich. — Vorsitzender: Erlass des Reichsarbeitsministers ist vom 24. August 1926 datiert und wird in Nr. 36 des Reichsarbeitsblattes vom 24. September bekanntgegeben. Wenn diesem nicht die erforderliche Beachtung zuteil werden sollte, so dürfte eine strenge Verordnung für die Vergütung von Aufträgen aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm am Platze sein, nach der in jedem einzelnen Falle die Verhältnisse einwandfrei geprüft werden. Je nach dem Umfang des Objekts sind dann bindende Vorschriften über die Zahl der einzustellenden langfristigen Arbeitsstellen zu erlassen, so daß jeder Auftrag in angemessener Zeit und bei Verwendung der Stammbesetzung im bestimmten Grenzen fertiggestellt werden kann. Insbesondere ist der Erlass als ein Ergebnis der Bemühungen unserer Gewerkschaften zu begrüßen, die von Anfang an in diesem Sinne tätig gewesen sind.

Das bevorzugte Stimmrecht bei den Aktiengesellschaften. In den Mitteln, den Einflüssen der Aktionäre bei den Aktiengesellschaften auszuüben, gehört vornehmlich die Einführung von Aktien mit bevorzugtem Stimmrecht, die im Falle der Verabschiedung von Beschlüssen und sehr bis hundertfachen Stimmrecht auszuüben berechtigt sind. Auf diese Weise kann man mit verhältnismäßig geringem Kapital die Geschäftsführung vollkommen beherrschen, zumal bekanntlich bei den Gewerkschaften nur ein geringer Teil der Aktien vorhanden zu sein pflegt und die Verwaltungen auch von den Banken, die die Aktien ihrer Kunden ihnen bereitwillig zur Verfügung stellen, unterstützt werden. Während der parlamentarischen Zeit war die Einführung dieser bevorzugten Aktien mit der Aktionäre einmündig zu begründen. Nach der Stabilisierung, als die Regierung gegen den Mißbrauch von Vorzugsaktien mit gesetzlichen Maßnahmen drohte, schien es, als ob die Gesellschaften diese Aktien aus freien Stücken abhauen würden. Die jüngst in der „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichte Darstellung zeigt aber, daß die Verwaltungen an ihren Vorrechten hartnäckig festhalten — eine ernste Abkündigung war nicht zu erwarten. Es wurden 1595 Gesellschaften mit 1124 Milliarden Mark Kapital — 59 % des gesamten Kapitals der deutschen Aktiengesellschaften — am 31. Dezember 1925 mit einem Aktienkapital von 6,8 Milliarden Mark — also mehr als die Hälfte — Aktien mit mehrfachen Stimmrecht ausgeben. Bis zum 30. Juni 1926 wurden Änderungen im Stimmrechtsverhältnis nur bei 26 Gesellschaften unter Berücksichtigung der nur von der Generalversammlung behandelten Fälle und von der nur beschlossenen Änderungen bei 80 Gesellschaften mit 88 Milliarden Mark Kapital durchgeführt. Abgeschlossen wurde jedoch das Mehrstimmrecht nur in 10 Gesellschaften mit 2,6 Milliarden Mark Aktienkapital und nur Änderungen ergaben beschlussfähig. Bezeichnend für die Lage ist das Vorgehen des Farbenausschusses gegenüber seiner Mitgliedsgesellschaften ungenügender Berücksichtigung von 246 Millionen auf 1.1 Milliarden Mark. Das Vorgehen für 24 Millionen Mark Aktien besondere Sonderrechte Stimmrecht wurde zwar auf das gebührende geachtet, gleichzeitig wurden aber neue Vorzugsaktien mit mehrfachen Stimmrecht im Verlage von 33,6 Millionen Mark geschaffen. Damit die Verwaltung mit 40 Millionen Mark Aktien die Stimmkraft von 400 Millionen Mark besitzend soll.

Vom Ausland

Schweiz. Im Jahre 1926 sind nach der Schweiz weniger A. Legion aus Deutschland zugewandert als im Vorjahre. Nachdem nun die Arbeiten ihrem Ende entgegengehen, werden die Kollegen bald wieder in ihre Heimat zurückkehren. Leider hat ein grosser Teil von ihnen vergessen, ihren eigenen wirtsch. Verpflichtungen in der Schweiz nachzukommen, trotzdem sie versprochen haben, nachdem ihnen Arbeitsgelegenheit zugewiesen worden sei, ihre Anmeldung bei der höchsten Sektion oder der Zentrale der Organisation zu vollziehen. Die meisten Kollegen haben wohl die ihnen zugewiesenen Stellen besetzt, aber vom Tage des Arbeitsbeginns an die Organisation vergessen. Sie vergessen nicht nur die Beitragszahlung, sondern vielfach auch die Einhaltung der Wochenarbeitszeit und das Führen der üblichen Listen. Abhilfe wäre nur dann zu erwarten, in Landesverbänden besteht, die von der Organisation schwer erreichbar sind. — Wir wünschen die deutschen Gewerkschaften (denen ein entsprechendes Leben sich mehr oder weniger auch die aus- und im Ausland zurückkehrenden Kollegen nicht ferner bestimmen), die Beitragszahlungen genau auszuüben zu können, welche Organisationen, dass sie arbeiten können sollen, im besten Verhandlungsstadium angetreten werden, nicht zu scheitern und sie zu veranlassen, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Faz- und Holzarbeiterverband der Schweiz.

Fachtechnisches

Neuzeitliche Flächenbelegungen. So bequem bezogene Wohnräume im täglichen Gebrauch sein mögen, bergen sie doch allerlei Mißstände in hygienischer Beziehung in sich. Neben andern Nachteilen bieten sie vor allem dem Ungeziefer vorzügliche Schlupfwinkel und Brutstätten. Man ist deshalb vielfach zum farbigen Anstrich der Wände übergegangen. Damit konnte der neueren Geschmacksrichtung nach völliger Einheitslichkeit von Raum- und Mobiliar Genüge geleistet werden. Diese Technik hat aber noch unzählige andere Vorzüge gegenüber dem Bekleben mit Tapeten. Ein geradezu ideales Vorbild für farbige Wandbelegung steht uns in den verschiedensten Marmorarten zur Verfügung, hat doch Mutter Natur in Jahraufenden all ihren Farbenreichtum und ihre Kunst an Motiven darin aufgestapelt. Der Marmor gestattet eine Ansbente zur dekorativen Verwendung in den verschiedensten Techniken, so daß jeder Anspruch befriedigt werden kann, ohne sich dem Vorwurf einer Imitation oder einer beabsichtigten Täuschung auszusetzen. Letzten Endes will und soll auch Marmorarbeit nicht mehr sein als wirkungsvolle Flächenbelegung, und behält als gute Handwerksleistung jedenfalls ihren vollen Wert.

Unser Fachblatt läßt es an Anregungen und Vorbildern für dekorativen Wandschmuck nicht fehlen. Für den praktisch tätigen Maler liegt es nahe, dem Marmor allerlei abzugucken, ohne sich streng genommen, einer Nachahmung schuldig zu machen. In folgendem seien einige Winke gegeben, wie durch eine einfache Technik dekorative Wirkungen zu erzielen sind; dabei ist selbstverständlich je nach der Art des zu verwendenden Materials zu verfahren. Die Behandlung von Wandflächen in Leimfarbe durch Wadeln, Tupfen usw. dürfte allgemein bekannt sein; ähnliche Wirkungen können durch Wasserlasuren auf Oelfarbengrund erreicht werden, die aber den Vorteil haben, in ihrem Aussehen tiefer und durchsichtiger zu scheinen. Eine Vorbedingung für beide Techniken ist, daß die Arbeit mit Geschick durchgeführt wird. Wer also etwas Wertvolles leisten will, muß sich den nötigen Schmiss im Handgelenk durch fortgesetzte Uebungen anzueignen versuchen. Als Arbeitsgeräte sind Einstrichspindel, Schwamm, Waschleder und Dachsweizer zu verwenden. Der Grund ist mager, weisse Oelfarbe, die zur Vermeidung der störenden Pinselstriche sauber zu verteilen ist. Nach dem Trocknen wird Lajurschwartz im Wasser mit etwas Dextrin fein angerieben (bei grossen Flächen und warmer Witterung kann etwas Glyzerin zugegeben werden) und dünn, aber flüssig aufgetragen und zur farbigen Belegung ab und zu ein Hauch von Blau oder ungetrannte Siena dazwischen gestrichen. Wenn die Lajur eben angezogen hat, wird die ganze Fläche mit dem reinen, zusammengepackten Waschleder von unten nach oben gewickelt. Abern werden nicht eingezeichnet; wer aber einige Uebung erlangt hat, kann einige helle Stellen mit dem über den Daumen oder einen Stahlstamm gezogenen Leder herausnehmen. Die Wand wird gewaschen oder mit hellem Mattlack lackiert, dem man durch Zusatz von etwas Zinkweiß, in Terpentin angerieben, ein milchiges Aussehen geben kann. Unter sinniger Verwendung farbiger Lasuren ist jeder beliebige Ton zu erzielen, nur muß immer von hell auf dunkel gearbeitet werden und bei recht kalten Tönen ist nach dünnem Vorlauf eine zweite Lajur zu geben. Kleinere Füllungen können in derselben Manier behandelt oder mit dem Schwamm glatt von oben nach unten durchgezogen und gleichmäßig oder auch nur nach einer Seite vertrieben werden. Es bildet sich so ein dunklerer Rand von eigenartigem Reiz, doch ist hier mit besonderer Vorsicht zu Werke zu gehen. — Wer meine Anregungen probiert, wird von selbst zu neuen Techniken kommen, die Fremde am Beruf auslösen und eine dankbare Aufgabe in den langen Winterwochen darstellen.

Fachliteratur

Vom „Fachblatt der Maler“ ist das Heft 10, Oktober 1926, jetzt erschienen. Tafel 40 bringt eine Gaststätte von H. G. Rosgemski in reicher Farbengebung mit neuzeitlicher Wandaufstellung und einer Kassetendecke. Das Heft stellt eine glückliche Lösung für den gedachten

Monatsschrift

„Fachblatt der Maler“

Vorzügliche, gezielte Ausstattung

Farbige Tafeln - Illustrationen

Banken-Vorträge

Aufsätze über berufliche und kunstgewerbliche Fragen

Hamburg 36

Alster-Terrasse 10

Bestellungen nehmen alle Filialverwaltungen unseres Verbandes entgegen.

Zweck hat und bietet mit dem Durchblick in drei Räume zugleich ein Musterbeispiel für die farbige Belegung einer Anzahl ineinandergehender Räume. Tafel Speisegemächer von O. Fischer-Trachau ist vornehm ruhigen Farbönen gehalten. Sie zeigt uns Wände als abgeschlossene Fläche mit der Tendenz, Raum vorhandene Architekturdetails und Möbel dem Ganzen durch freie Einzelfarbe einzuordnen. Auf Tafel 21 uns G. Hübbe ein prächtiges Vorbild für Wandbemalung; der reiche ornamentale Schmuckfüllungen und die dunklere Betonung des unteren Teils der Möbel vermitteln mit zwei Bändern, die in derselben Farbe auch über die ganz einfach gehaltene Wand laufen eine vornehme Gesamtstimmung. Die Wandabschlüsse auf Tafel 40 von W. Rensing entsprechen sicher den Wünschen vieler Kollegen nach einfachen Motiven für praktischen Tagesbedarf. Weitere Vorbilder für die schließlichen Zwecke sind im gelungenen Schwarzdruckteiligen Teil enthalten. Die Artikel „Dekorativfarbstudien in der Landschaft“, von Prof. Schwindragheim, und „Anstrichfarben“, von E. Gebing, besonders hervorzuheben. Es folgen dann die Fortsetzung der Artikelserie „Die perspektivische Schattkonstruktion“ und „Die Entwicklung der Wohnformen“, ferner „Fachtechnisches“ „Lunte Nachrichten“. Interessante Notizen zu Belege vervollständigen den Inhalt des Heftes, das den bisherigen Veröffentlichungen würdig anschliesst.

Waren- und Materialkunde des Lack- und Farbenwesens. Unter Mitwirkung von Fachgenossen herausgegeben von Erich Stock und Wilhelm Anton. In 10 Lieferungen zu je 8 A, zu beziehen durch: Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Zweigniederlassung Berlin, Berlin SW, Straussenstr. 85/86. Uns liegen die ersten drei Lieferungen des Werkes vor und wir können es nach diesen Anfängen als wirklich gut beurteilen. Die von den Herstellern und Lieferanten sehr oft willkürlich gemachten Namen und Phantasiebezeichnungen für Farben, Lacke usw. sind heute dem praktisch tätigen Handwerker nicht mehr unbekannt, um das weite Gebiet des Lack- und Farbenwesens übersehen zu können. Durch Angaben über die Zusammensetzung der einzelnen Materialien, unter Beifügung chemischer Formeln und mit Erläuterungen für die Wissenden entsteht hier ein Nachschlagewerk über Fragen, die für den Nichtchemiker gar nicht oder doch sehr schwer zu lösen sind. Die Mitarbeit bewährter Fachleute ist bei den einzelnen Absätzen über die praktische Verwendung der Materialien durchaus anzuerkennen. Um Auffinden alles Gesuchten zu erleichtern, ist das ganze alphabetischer Reihenfolge geordnet. Der Verlag läßt Wert in 10 Lieferungen in Zwischenräumen von etwa 10 Wochen zum Preise von je 8 A erscheinen, um die Beschaffung auch Minderbemittelten zu ermöglichen. Wenn schließlich wird es Ende 1926 vollständig herausgegeben und kann dann auch im Gesamtumfang von 56 Druckheften in zwei Ganzleinenbänden bezogen werden. Als Nachschlagewerk für Waren- und Materialkunde wird das Werk jedem Berufs- und Branchenangehörigen gute Dienste leisten.

Literarisches

„Laden links“ ist das aktuelle politische Blatt der Republik. Es kostet pro Nummer 25 A. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag J. S. W. B. Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Man verlange „Laden links“ an allen Zeitungskiosken!

„Die Frauenwelt“ gehört ins Haus jeder schaffenden Frau. Die bürgerlichen Mode- und Familienblätter müssen endlich dem Arbeiterhaushalt verschwinden und durch die „Frauenwelt“ ersetzt werden. Jedes Heft kostet 30 A. Mit Schnittmutter 10 A mehr. Das neue Heft 20 ist schon erschienen. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten sowie vom Verlag J. S. W. B. Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Die „Illustrierte Reichsbannerzeitung“ bringt allwöchentlich eine Fülle von reich illustrierten Aufsätzen aus allen Gebieten des Wissens und der Politik; auch der Unterhaltungsteil kommt zu kurz. Besonderer Wert ist auf vorbildlich gute Bildausstattung gelegt. Dieses illustrierte Blatt ist besonders geeignet, gerade den Freien zu wirken, die für die politische Tageszeitung wenig zugänglich sind. Nr. 39 ist schon erschienen. Jede Nummer 25 A. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Man verlange die „Illustrierte Reichsbannerzeitung“ an allen Zeitungskiosken!

Vom 3. bis 9. Oktober ist die 40. Beitragswoche

Sterbetafel.

- Darmstadt. Nach langer, schwerer Krankheit starb 29-jähriger Mitgliedschaft unserer treuer Kollege Wilhelm Dornbach aus Eberstadt.
- Düsseldorf. Am 22. September starb unser Kollege Hermann Schulz im Alter von 50 Jahren an Gehirnschlag.
- Palle a. d. S. Am 20. September starb nach langem Leiden unser treuer Mitglied Hermann Bauer im Alter von 64 Jahren.
- Leipzig. Am 16. September starb im Krankenhaus unser alter Kollege Richard Jakob nach längerer Krankheit. Ein paar Tage später starb ebenfalls im Krankenhaus der Badiererkollege Paul Herfordt. Sie gehörten zu unsern ältesten Mitgliedern.

Abendkurse

(auf Vereinbarung auch Kurse an Sonntagen) für neue Holz- und Marmorarbeiten etc. Friedrich Popp / Hamburg-Eppendorf, Regattaplatz 27, 1.